

Bezugspreis:
Stichtag: 90. — M. monatlich 3. — M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 3. — M. einjährig
36. — M. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, Saar- u. Rhein-
gebiet, sowie Westpolen, Ostpreußen u.
Luzern 61. — M. für das übrige
Ausland 82. — M. Postbestellungen
nehmen an Belgien, Dänemark, Eng-
land, Estland, Finnland, Frankreich,
Holland, Italien, Luxemburg, Ostpreu-
zen, Schweden, Schweiz, Tschecho-
slowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Wolk und Welt“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Siedlung und Kleingarten“
erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Redaktion Morisplan 15195-97
Expedition Morisplan 11753-54

Montag, den 3. April 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Interaten-
Abteilung Morisplan 11753-54

Anzeigenpreis:

Die einseitige Kontrahierung
kostet 12. — M. „Kleine Anzeigen“
das festgedruckte Wort 2. — M. (zu-
weilen zwei festgedruckte Worte), jedes
weiteres Wort 1. — M. Stempelgebühren
und Schlafstellenanzeigen das erste
Wort 2. — M., jedes weitere Wort
1.50 M. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-
anzeigen für Abonnenten Seite 6. — M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsgeldes.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4. Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags

Die Konferenz bedroht.

Kadels Provokation.

Die Exekutiven der drei Internationalen haben gestern im Reichstag stundenlang miteinander getagt. Über den Inhalt der ganzen Verhandlungen bildeten in der Hauptsache nur zwei Reden von Vandervelde und Kadel, in denen die diametrale Gegensätzlichkeit der Auffassungen zum schärfsten Ausdruck kam. Vandervelde forderte von den Kommunisten Garantien dafür, daß sie auf weitere Versuche, die europäische Arbeiterbewegung zu zertrümmern, verzichten, und daß sie in Rußland selbst zur Selbstbestimmungsrecht und menschliche Behandlung politischer Gegner eintreten wollten. Die Antwort auf diese Forderungen war aus Kadels Munde eine bolschewistische Schimpfanrede befeinsten Stils, worin die Parteien der 2. Internationale für den Weltkrieg, für die Ermordung von Rosa Luxemburg und alle möglichen anderen Uebel verantwortlich gemacht wurden.

Dah auf diese Weise die ganze Konferenzveranstaltung zwecklos, ja geradezu unsinnig wird, liegt auf der Hand. Wenn die Bolschewiki nichts anderes wollen, als im Reichstagszimmer 25 dieselben Reden halten, die von den Höllein und Kemmle unten im Plenum schon hundertmal vor leeren Bänken gehalten worden sind, dann war der ganze Reiseaufwand, der Arbeitervertreter aus aller Herren Länder nach Br. An brachte, sinnlos.

Es ist bedauerlich, daß die Veranstalter dieser Konferenz den Boden, auf dem sie ihr Unternehmen aufbauen, nicht sorgfältiger sondierten. Sie hätten dann von dem ganzen Unternehmen Abstand genommen, wenn es ihnen nicht im voraus gelungen wäre, eine Begrenzung der Diskussion auf ein gefahrloses Terrain zu sichern. Wenn man die Vertreter so entgegengegesetzter Auffassungen ohne jede Vorbereitung an einem Tisch zusammenbrachte, war die Explosion unvermeidlich und von jedermann vorauszu sehen.

Schon am Sonntagmorgen schien es, als ob die Konferenz überhaupt gar nicht eröffnet werden könnte, weil die Bolschewiki gegen die Anwesenheit Tschernoffs, des Führers der Sozialrevolutionäre, protestierten. Mit Mühe kam das Kompromiß zustande, daß der Präsident der von den Bolschewiki gesprengten Konstituante als „Journalist“ zugelassen wurde.

Heute keine Vollziehung mehr.

Das Exekutivkomitee der 2. Internationale trat heute morgen mit der Wiener Arbeitsgemeinschaft zu einer Sitzung zusammen, um zu der gegenwärtigen Situation, insbesondere zu den Ausführungen Kadels in der gestrigen Sitzung Stellung zu nehmen. Gegen 1 Uhr ließen die Vertreter der kommunistischen Exekutive einen Brief überreichen, der mitteilt, daß sich die Vertreter Moskaus mit der durch die gestrige Aussprache herbeigeführten Situation eingehend beschäftigt haben und sich eine Förderung der Konferenz nicht mehr versprechen. Die beiden Exekutiven werden gefragt, ob sie bereit seien, auf einem Kongreß zu erscheinen oder zu welchen weiteren Maßnahmen sie sonst bereit sind.

Sowohl die Exekutive der 2. Internationale wie der Wiener Arbeitsgemeinschaft beschlossen, die für nachmittags 3 Uhr anberaumte Vollziehung auszusparen und zunächst über diesen Brief Beschluß zu fassen. Eine Vollziehung wird voraussichtlich vor Dienstag nachmittag nicht stattfinden.

Die Sonntagsitzung.

Anwesend sind als Teilnehmer für die 2. Internationale Vandervelde und Hunsmans (Belgien), Otto Wels (Deutschland), Shaw, MacDonald, Gohling (England), Stauning (Dänemark), Biiegen (Holland), Böller (Schweden) und Zeretelli (Georgien); für die Wiener Arbeitsgemeinschaft: Crispian-Berlin, Friedrich Adler und Otto Bauer-Wien, Grimm-Härlig, Songuet und Faure-Paris, Balkhead-London, Cermat-Prag, Martoff (Rosenfeld). Für die 3. Internationale: Klara Zetkin, Prossard-Paris, Rosner-Wien, Kutanama-Japan, Kadel, Bucharin und Stojanowitsch-Moskau und Schmeral-Prag. Endlich für die italienische Partei: Serrati.

Zu Beginn der Sitzung erheben die Moskauer Protest gegen die Anwesenheit nichtbolschewistischer russischer Sozialisten als Pressevertreter. Man einigte sich schließlich dahin, am ersten Verhandlungstag öffentlich zu sagen.

Adler-Wien eröffnet die Konferenz und weist darauf hin, daß nach dem Streit der letzten Jahre angefaßt der immer schwieriger werdenden wirtschaftlichen Verhältnisse unbedingt ein gemeinschaftliches Vorgehen angefordert werden müsse, wenn nicht die durch die Revolution errungenen Vorteile der Arbeiterschaft wieder restlos verloren gehen sollten.

Nunmehr wird im Namen der 3. Internationale eine Erklärung Klara Zetkins

abgegeben: Die 3. Internationale halte eine Einheitsfront des gesamten Proletariats für die dringendste Forderung des Tages, da die Entente-Bourgeoisie Deutschland ausplündern, Rußland capi-

talistisch-wirtschaftlich unterjochen und die ganzen Lasten des Krieges auf die Arbeiter aller Länder abwälzen wolle. Es müsse durch den Druck gemeinsamen Vorgehens die Konferenz von Genuea gezwungen werden, sich mit der Arbeitslosigkeit, dem Achtstundentag und anderen dringenden Arbeiterfragen zu beschäftigen. Dazu müsse schleunigst ein allsozialistischer Weltkongreß einberufen werden, um die Abwehr der kapitalistischen Offensiven, den Kampf gegen die Reaktion, den Kampf gegen die Gefahr neuer Kriege, Hilfe für Sowjetrußland zu organisieren, die Beseitigung des Versailler Vertrages und den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu erreichen.

Darauf folgt die

Antwort Vanderveldes.

Er führt zunächst für seine Person aus, daß die glatte Aufhebung der Versailler Bestimmungen nicht zum Ziele führen würde, da dann nur die Völker Belgiens, Frankreichs, Serbiens, Polens, Italiens usw. mit Reparationskosten belastet wären, Deutschlands Kapitalisten aber ganz frei davon. Namens der Zweiten Internationale wünscht Vandervelde eine internationale Verständigung der Arbeiterschaft als Verteidigungsfront des Proletariats gegen die Reaktion in allen Ländern. Durchaus notwendig sei die Bekämpfung der russischen Hungersnot und bei der Behandlung des noch immer ungelösten Reparationsprogramms. Die Kommunisten hätten die Mitglieder der Zweiten Internationale immer wieder „Verräter, Verbrecher und verfluchte Helfer der Bourgeoisie“ genannt. Um so merkwürdiger berühre jetzt der Wunsch Moskaus, mit solchen Leuten zusammenzuarbeiten. Die Vertreter Moskaus müßten sich klipp und klar dahin festlegen, ob sie diese Konferenz nur als ein neues Mittel betrachteten, die Arbeiterschaft der Welt weiter zu spalten, oder ob sie den ehrlichen Willen zur Verständigung hätten. Es sei ferner zu fordern, daß Sowjetrußland Armenien, der Ukraine und Georgien das Recht der Selbstbestimmung und volle Freiheit gewähre. Weiterhin fordere die Zweite Internationale die Befreiung der in den russischen Kerker befindlichen Sozialdemokraten. Im Sinne dieser Forderungen müßte die Dritte Internationale Garantien geben.

Für die Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien gibt Paul Faure-Paris eine ähnliche Erklärung ab, die jedoch nicht Garantien verlangt. Faure stellt aber auch fest, daß der russischen Arbeiterschaft alle politischen und gewerkschaftlichen Freiheiten genommen sind.

Kadel, der schon Vandervelde höhnische Zwischenrufe gemacht hatte, erwidert auf die Forderung Vanderveldes nach gegenseitigem Vertrauen als Vorbedingung jeder gemeinsamen Aktion: „Für keinen Großen Vertrauen. Solange Ihr keine Toten gemeinsam mit uns geleistet habt, solange werden wir allen Verhandlungen kühl bis ans Herz gegenübersetzen“. Trotzdem aber erklärte sich Kadel aus taktischen Momenten, für die die Kommunisten immer argeres Bedürfnis haben, bereit zu verhandeln. Auf die sechsten Bedingungen ging Kadel nur kurz ein. Die Frage der Eisenbildung und der Förderung der Spaltungstendenz ließ er sogar ganz unter den Tisch fallen. In Bezug auf die Kandidaten sagte Kadel lebhaft, daß sie — blühen. Er sei bereit, über die den Bolschewisten gemachten Vorwürfe zu diskutieren, wenn die anderen Internationalen eine Abrechnung über die letzten 8 Jahre haben wollten. Man könne ja vielleicht auf Generosität der politischen Gefangenen in anderen Ländern und in Rußland entlassen.

Die Ausführungen Kadels, deren Ton empörend war, haben auf die Mitglieder des Exekutivkomitees der 2. Internationale den denkbar schlechtesten Eindruck gemacht. Sofort nach Schluß der gestrigen Vollziehung, die mit der Rede Kadels beendet war, trat die Exekutive zusammen, um zu der Situation Stellung zu nehmen. Es wurde vereinbart, daß in der heutigen Vormittagsitzung MacDonald, Vandervelde und vielleicht auch Wels auf die Ausführungen Kadels antworten und zum Schluß nochmals die gestern gestellten Bedingungen in entschiedenerer Form wiederholen.

Noch im Laufe des gestrigen Abends richtete MacDonald an die Wiener Internationale ein Schreiben, in dem er von der Auffassung der 2. Internationale Kenntnis gab.

Dollar wieder 317.

Auf Deckungskäufe der Baiffespekulation setzte bei Wochenbeginn an der Berliner Börse eine neue Hauffe ein. Der Dollar schwankte zwischen 311 und 318. In der Mittagsstunde wurde er mit 317 gehandelt. Der Effektenmarkt war fest. Gesucht wurden besonders Kaliumwerte.

Argentinischer Kredit?

Pariser Blätter melden aus Buenos Aires, daß die argentinische Regierung Deutschland einen Kredit für den Ankauf von Getreide und Schlachtvieh einkufen will.

England rüstet ab.

London, 3. April (D.M.) König Georg hat die Auflösung von 10 Infanteriebataillonen des stehenden Heeres neben der schon angekündigten Auflösung von 12 irischen Bataillonen gebilligt und verfügt. Die 15 Milizbataillone der 6 irischen Regimenter werden ebenfalls verschwinden. Damit ist der Anfang im Abbau der englischen Heereskriegsstärke gemacht.

Neue Gemeindeverfassung.

Von Paul Hirsch.

Wenn die preussische Regierung sich entschlossen hat, als erstes Stück der so dringend notwendigen Verwaltungsreform dem Landtag die Entwürfe einer Städte- und einer Landgemeindeordnung zu unterbreiten, so betritt sie damit die Bahn von Stein und Hardenberg, die leider nur allzubaal zum Schaden des Staates wieder verlassen worden ist. Was vor mehr als einem Jahrhundert in den Anfängen stecken geblieben ist, um dann systematisch rückwärts revidiert zu werden, harret jetzt endlich seiner Vollendung. Daß es kein Flickwerk bleibt, sondern ausgebaut wird zu einem festen Fundament eines wahren Volksstaates, dafür zu sorgen ist Pflicht des Landtages, in erster Linie der sozialdemokratischen Fraktion.

Was bisher über die Entwürfe bekannt geworden ist, beweist, daß bei aller Anerkennung des Fortschritts, den sie bedeuten, sie vom sozialdemokratischen, ja sogar von bürgerlich-demokratischem Standpunkt aus noch sehr der Verbesserung bedürfen. In ihren Grundzügen waren sie bekanntlich schon im Sommer 1919 ausgearbeitet, und wenn die Absicht der damaligen Regierung, sie noch von der verfassungsgebenden Landesversammlung verabschieden zu lassen, nicht verwirklicht werden konnte, so einmal, weil die politischen Wirren ein ruhiges Arbeiten unmöglich machten, und zweitens, weil die äußerste Rechte und die äußerste Linke in trauter Harmonie den Standpunkt vertraten, daß die verfassungsgebende Versammlung zur Regelung so einschneidender Materien nicht berufen sei.

Jetzt ist es höchste Zeit, aufzuräumen mit allen überlebten und veralteten Bestimmungen, und die zahlreichen Notgesetze, die in den letzten dreieinhalb Jahren erlassen sind, zu einem organischen Ganzen zu gestalten. Ein Ding der Unmöglichkeit ist es, die Gemeindeverfassungsgesetze losgelöst von der Verwaltungsreform für sich zu betrachten. Regierung und Landtag müssen sich über das Ziel der Verwaltungsreform von vornherein verständigen und auf ein festes Programm einigen, denn sonst entsteht die Gefahr, daß das Werk an inneren Widersprüchen leidet. Um nur einen Punkt herauszugreifen: ob neben dem Oberpräsidenten noch die Regierungspräsidenten beibehalten oder ob eine der beiden Instanzen beseitigt werden soll, und gegebenenfalls welche von beiden, auch die Frage der Staatsaufsicht, der Provinzialautonomie, der Selbstverwaltung, die Frage Zentralisation oder Dezentralisation und eine ganze Reihe anderer Fragen müssen vorweg gelöst werden, wenn sich nicht in späteren Stadien Schwierigkeiten aufstürmen sollen, die die Reform zwar nicht gefährden, aber doch zu verschleppen geeignet sind.

Als Zweck der Reform bezeichnet der amtliche Pressedienst einmal eine Anpassung der Verfassungen an die namentlich durch die Staatsumwälzung veränderte Rechtslage, sowie an die eine große Beweglichkeit der Verwaltung erfordernden wirtschaftlichen Bedürfnisse, und zweitens eine Vereinheitlichung des jetzt nach Provinzen zerstückelten Rechtszustandes. Um mit dem letzteren zu beginnen, so dürfte sich wohl ziemlich allgemein die Ansicht Bahn gebrochen haben, daß an die Stelle der vielen und in wesentlichen Punkten so sehr voneinander abweichenden Städteordnungen ein einheitliches, für ganz Preußen geltendes Gesetz zu treten hat. Dagegen sind die Anschauungen darüber, ob Stadt und Land gleichmäßig zu behandeln sind, noch geteilt. Im Gegensatz zu der Regierung fordert die Sozialdemokratie eine einheitliche Gemeindeordnung für Stadt und Land. Die Partei steht mit dieser Forderung keineswegs allein. Schon vor Jahren ist ein so gründlicher Kenner der preussischen Verwaltung wie Lothar Schäding warm für die verfassungsmäßige Gleichstellung von Stadt und Land eingetreten, indem er mit Recht darauf hinwies, daß gerade der Umstand, daß Stadt und Land verschiedene Aufsichtsbehörden, verschiedene Rechte, verschiedene Verwaltung, verschiedene Instanzengänge haben, der Reaktion die festesten Stützen gibt.

Daß die Verfassung den heutigen Verhältnissen angepaßt werden muß, ist eine Selbstverständlichkeit. Aber warum neben der Bürgermeisterverfassung auch die Magistratsverfassung beibehalten werden soll, ist nicht ersichtlich. Sollen die provinziellen Verschiedenheiten fallen, so mache man ganze Arbeit oder entscheide sich für das eine oder das andere System. Welches von ihnen den Vorzug verdient, diese Frage, über die auch in unseren Reihen die Meinungen geteilt sind, tritt zurück hinter der wichtigeren des Einkörpersystems, das nicht nur den Grundfragen einer wahren Demokratie am meisten entspricht, sondern auch eine ganz erhebliche Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung bedeutet.

Sparbarkeit ist auch nach den Verlautbarungen der Regierung unbedingt geboten. Aber damit allein, daß die Betriebsverwaltungen dem Haushaltsplan und der Stadtverordnetenversammlung gegenüber selbständiger gestellt, und daß damit bestimmten Grundfragen über Vermögensverwaltung und Haushaltsführung der allgemeinen Finanzlage und dem Gebote sparsamer Wirtschaft Rechnung getragen werden soll, ist

es nicht getan. Für eine sparsame Wirtschaft ist erforderlich, daß unsere gesamte Verwaltung so einfach wie möglich ausgezogen, und der komplizierte Verwaltungsapparat auf das denkbar geringste Maß reduziert wird. Das Verhältnis der Gemeinde zum Staat saßt die Regierung — und darin muß man ihr beipflichten — dahin auf, daß Gemeindeverwaltung nicht Selbstzweck, sondern Staatszweck ist, und daß daher die Gemeindeverwaltung dem Staatsganzen untergeordnet und dem Staate ein Aufsichtsrecht vorbehalten bleiben muß. Es fragt sich nur, was sie darunter versteht und von wem es ausgeht, denn nicht das Aufsichtsrecht als solches, sondern seine Handhabung in der Praxis hat nur allzu oft zu lebhaften Klagen Anlaß gegeben und lähmend auf die Freude an der Mitarbeit eingewirkt. Hier will nun der Entwurf gründlich Wandel schaffen, indem er sachlich die Staatsaufsicht auf die Beanstandung gefehrwidriger Gemeindebeschlüsse, die Erhaltung einer ordnungsmäßigen Verwaltung und das Einspruchsrecht gegenüber besonders weittragenden Gemeindebeschlüssen beschränkt und die instanzmäßige Beschwerde im Aufsichtswege abschafft. Endgültig werden wir zu diesen Vorschlägen erst Stellung nehmen können, wenn sie im einzelnen näher bekannt sind. Schon jetzt läßt sich aber sagen, daß der Begriff „besonders weitgehende Gemeindebeschlüsse“ einer genauen Umgrenzung bedarf. Ein solcher Schluß ist es, wenn behauptet wird, die Beschränkung der Staatsaufsicht in sachlicher Beziehung bedinge eine Erhaltung der Aufsicht in personeller Beziehung, d. h. die Bestätigung der leitenden Beamten der Gemeinde durch den Staat. Dem können wir nicht beistimmen, halten vielmehr an unserer grundsätzlichen Forderung der Beseitigung des Bestätigungsrechtes fest. Hat der Gesetzgeber zu dem demokratischen Gemeinwesen das Vertrauen, daß er ihm die Verwaltung bestimmter Angelegenheiten unter eigener Verantwortung überträgt, dann muß er ihm auch die Fähigkeit eines richtigen Urteils bei der Wahl der leitenden Beamten zutrauen. Mit der Vorschrift, daß die Bestätigung nicht wegen der Zugehörigkeit zu einer politischen Partei verweigert werden darf, ist nichts anzufangen. Der Nichtbestätigte wird immer glauben, daß politische Momente ausschlaggebend waren, und für die Aufsichtsbehörde wird es ein Leichtes sein, wenn sie aus politischen Erwägungen die Bestätigung verweigert, mit ihren wahren Beweggründen hinter dem Berge zu halten. So wird das Bestätigungsrecht auch in seiner gemilderten Form eine Quelle fortgesetzter Reibungen zwischen Staat und Gemeinde sein und größeren Schaden anrichten, als ihn eine unglückliche Wahl jemals anrichten in der Lage wäre.

Die einzelnen Gemeinden sollen zu Kommunalverbänden, sog. Landbürgermeistereien zusammengeschlossen werden, um auf dem Lande die Selbstverwaltung zu erweitern und zu verstärken. Mit dem Prinzip, das dieser Regelung zugrunde liegt, können auch wir einverstanden sein, da wir ja von jeher auf die Schaffung leistungsfähiger Verbände hingewirkt haben. Auf weitere Einzelheiten einzugehen, behalten wir uns vor bis nach Veröffentlichung der Entwürfe.

Nur noch ein Wort über das voraussichtliche Inkrafttreten der Gesetze: Wenn in der Presse vielfach der Herbst dieses Jahres als Termin angegeben wird, so scheint mir der Wunsch als Vater des Gedankens maßgebend zu sein. Eine Verabschiedung bis zu diesem Zeitpunkt ist so gut wie ausgeschlossen. Nehmen wir den günstigsten Fall an, daß das Staatsministerium jetzt sofort die Vorlagen einbringt, so wird die Beratung des Staatsrats kaum vor Ende Mai fertig sein. Daß der Landtag ein so wichtiges Gesetz in den heißen Sommermonaten berät, in denen erfahrungsgemäß nicht allzu fruchtbarer Parlamentsarbeit geleistet wird, ist kaum anzunehmen. Der früheste Termin einer endgültigen Erledigung scheint angesichts der vielen Punkte, über die die Meinungen innerhalb der Koalitionsparteien noch weit auseinandergehen, das Ende dieses Jahres zu sein. Ein Fehler wäre das nicht. Hat es so lange gedauert, so kommt es schließlich auf einen Monat mehr oder weniger nicht an. Die Hauptsache ist, daß gute Arbeit geleistet und das Gesetz so gestaltet wird, daß die Sozialdemokratie ihm ruhigen Gewissens zustimmen kann.

Die Reichsgliederung und Preußen.

Eine programmatische Rede Severings.

Anlässlich der feierlichen Uebergabe Pyrmonts, das durch Volksabstimmung zu Preußen gekommen ist, hielt der preußische Innenminister, Genosse Severing, eine Ansprache. Nachdem er die Vorteile des neuen Zustandes für beide Teile — Preußen und Preußen — dargelegt hatte, wandte er sich prinzipiellen Fragen der Reichsgliederung zu und führte aus:

Es gibt in unserem Vaterlande Leute, die glauben, sie könnten Artikel 18 der Reichsverfassung zur Neugliederung Deutschlands verwenden, da Preußen nach deren Ansicht keine Existenzberechtigung mehr habe und daher zerschlagen werden müsse. Sie glauben, durch Neubestimmung von Wirtschaftszugehörigkeiten, in die Preußen zerlegt werden müsse, Vorteile zu erreichen; aber das gerade Gegenteil ist zu erwarten. „Im engen Kreis verengert sich der Sinn“, das gilt auch auf wirtschaftlichem Gebiet. Pyrmonnt hat durch sein Beispiel gezeigt, wie man den Artikel 10 richtig auslegt. Nicht eine Zersplitterung Preußens, sondern eine

Zusammenfassung der Kräfte

muß die Parole der Zukunft sein. Den Luxus einer weiteren Zersplitterung können wir uns in Deutschland nicht leisten. Im neuen Preußen wird jeder Individualität ihr Recht gelassen, und es ist nicht notwendig, daß zur Ausgestaltung eines starken Eigenlebens der einzelnen Landesteile die Zersplitterung nach der früheren Art wieder herbeigeführt wird. Der Krieg hat uns arm gemacht; die drei Jahre nach dem Kriege zeigen uns, daß die Wunden noch nicht vernarbt sind. Wäre es da nicht ein Wahnsinn, eine neue Verschwendung von Gut und Kraft, wenn wir die Zersplitterung Deutschlands weiter betreiben würden, wenn wir uns „dezentralisieren“ würden, wie der schöne Ausdruck lautet. Es gibt in Ihrer engeren Heimat Männer und Frauen, die da glauben, die Zeit sei gekommen, um eine Reichsprovinz Niedersachsen herbeizuführen. Ich selbst bin ein echter Niedersachse. Ich habe aber trotz dieser Abstammung nie begriffen können, daß die

Errichtung einer besonderen Provinz Niedersachsen

eine wirtschaftliche oder kulturelle Notwendigkeit sei. Können wir niedersächsische Eigenart nicht auch in Preußen sich auswirken lassen? Mit dieser unserer Eigenart müssen wir in Preußen bleiben, unsere Fähigkeit und Beharrlichkeit ihm zuwenden. Die Schaffung einer Reichsprovinz Niedersachsen würde ein Gebilde erzeugen, das den wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Zeit nicht gerecht werden könnte. In der preußischen Staatsregierung gibt es keine Stelle, die sich mit derartigen Plänen einverstanden erklären kann; alle Männer in jeder preußischen Regierung werden sie bekämpfen. Nicht aus preußischem „Partikularismus“, sondern weil ein jeder in der preußischen Regierung davon durchdrungen ist, daß es unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist, unsere Kräfte in Deutschland zusammenzufassen.

Vorher genau prüfen!

Die Sonntagsausgabe der „Zeit“ bringt einen antisemitisch-nationalistischen Schimpfartikel von einem Kolibri, daß man irgendein deutschvölkisches Heßblättchen vor sich zu haben glaubt. Der Artikel richtet sich im allgemeinen gegen die U.S.P., und wir müssen es prinzipiell dieser überlassen, sich mit ihm auseinanderzusetzen. Nur mit einer Stelle wollen wir uns hier befassen, in der Karl Kautsky, der der ganzen sozialistischen Bewegung gehört, auf das Unflätigste beschimpft wird. Sie lautet:

„Das geistig hervorragendste Mitglied der U.S.P., der tschechische Schriftgelehrte Karl Kautsky, hat das ihm unsinnigerweise geschenkte Vertrauen, indem man ihm, dem feindlichen Ausländer, die Geheimnisse des Auswärtigen Amtes zur Verfügung stellte, in der gemeinsten Weise mißbraucht, um Deutschland mit einer nicht vorhandenen zusammengeschwindelten Kriegsschuld zu belasten und durch Verhöhnung des Gebrauchs sich ungeheuer zu bereichern; an Kautskys sittlichem Tiefstand wird dadurch, daß er später seine Anschuldigungen nicht mehr aufrechterhalten konnte, natürlich nicht das geringste geändert; er hätte die Pflicht, vorher genau zu prüfen, was er vertreten konnte.“

Von der persönlichen Besudelung Kautskys abgesehen, die wir mit Verachtung übergehen, ist dies der Typus der

nationalistischen Verleumdung. Die viel zitierte Stelle Karl Kautskys, wonach die deutsche Regierung nicht durch bösen Willen, sondern durch bodenlosen Leichtsin in den Krieg geraten sei, steht nämlich in dem Kautskyschen Buche über die Ursachen des Krieges. In diesem Buche führt Kautsky aus, daß er während des Krieges an eine absichtliche Herbeiführung des Krieges durch die deutsche Regierung geglaubt habe, aber auf Grund des Altstudiums nur noch größte Fahrlässigkeit annehmen konnte. Der nationalistiche Verleumder hat also selber das getan, was er Kautsky zu unrecht vorwirft: er hat die Pflicht des gewissenhaften Journalisten, schwere Anschuldigungen vorher genau zu prüfen, auf das Größlichste verlegt.

Diesem Individuum persönlich würden wir die Ehre einer Erwiderung nicht angetan haben. Aber daß der Schriftleiter der „Zeit“, Herr Heinrich Rippler, von dem man bisher eine anständigere Art der Polemik gewohnt war, die Spalten seines Blattes bedenkenlos der nationalistischen Verleumderflaute öffnet, verdient doch notiert zu werden.

Nur Habsburg!

Schieberlein ehemals regierender Häuser.

Karl Habsburg findet auch im Tod keine gute Presse. Gerade die deutschen Monarchistenblätter sprechen mit äußerster Schärfe und Verachtung von dem Gestorbenen, obwohl doch nach der monarchistischen Theorie jeder Monarch „von Gottesgnaden“ auf den Thron gesetzt ist, folglich die Kritik eines solchen Gottesgnadenmannes zugleich eine ebenso scharfe Kritik des angeblich göttlichen Willens bedeutet. So schreibt z. B. die nationalistiche „Tägl. Rundschau“:

Ein kaiserlich-königlicher Schieber vom Schloß des letzten österreichischen Karl bildete die denkbar beste Zielscheibe für die Gegner eines legitimistischen Staatsgedankens. Als Oesterreich-Ungarn sich in Trümmer auflöste und Karls Herrschaft in dem Sturm des enttäuschten deutschen Donauvolkes hinweggefegt wurde, war es zunächst seine wichtigste Sorge, die habsburgischen Kronkleinodien ins Ausland zu schaffen.

Das ist an sich gewiß richtig. Aber unwillkürlich drängt sich die Frage auf: haben die hohenzollernschen Kollegen der Habsburger denn wesentlich anders gehandelt? Hat Wilhelm sich nicht außer einem Schod Millionen vorförsich seine zweitausend goldenen Teller und einen Haufen anderer Kostbarkeiten nach Holland nachkommen lassen? Ist sein Sohn Eitel nicht von einem deutschen Gericht wegen Kapitalverschwendung verurteilt worden? Haben nicht die Hohenzollern es keineswegs unter ihrer Würde gehalten, sich mit der holländischen Schieberfirma Gruijter, Philippson u. Co. zu verbünden, um ihre Kapitalien über die Grenze zu schaffen? Warum ist das alles „ganz was anderes“?

Der tote Karl.

Wien, 3. April. (Eigener Drahtbericht.) Bekanntlich sind die Kaiser von Oesterreich in der Kapuzinergruft im Innern Wiens beigesetzt; Karl Habsburg soll dies für seine Leiche gleichfalls angeordnet haben. Eine monarchistische Rundgebung größerer Stills ist aber in Wien nicht mehr möglich. Die Regierung steht vor einem nicht leichten Entschluß.

Die Christlichsozialen verlangen, daß der Parlamentspräsident Dr. Weiskirchner (der ihr Parteigenosse ist) den Tod des letzten Kaisers in einer unpolitischen, aber würdigen Erklärung bespreche. Dieser Absicht ist u. a. auch entgegengehalten, daß die Republik Deutschösterreich ein junger Staat ist, der niemals einen Kaiser gehabt hat.

Horthy-Ungarn mimit Bandestruer. Eben wird gemeldet, daß die Leiche in Funchal beigesetzt werde.

Eine Weigerung Nordamerikas. Das Berner Abkommen zur Bekämpfung des Wädschen- und Kinderhandels ist von dreieinhalbzig Regierungen unterzeichnet worden. Dagegen teilte der Staatssekretär der Vereinigten Staaten mit, daß seine Regierung das Abkommen nicht unterzeichnen könne, da verschiedene Klauseln in die Polizeibefugnisse einzelner Staaten der Union eingriffen. Amerika stehe aber dem durch das Abkommen angestrebten Ziele sympathisch gegenüber, und haben ähnliche gesetzliche Maßregeln ergriffen.

Das Handgepäck.

Von Otto Bienen.

Es ist wirklich ein ekelhafter Morgen, fast noch Nacht. Nieselhafter Nebel hängt in der Frostluft, und die Straßenlampen geben keine Helle mehr. Vertotet die Straße und der Gehsteig feuchtig.

Der Herr hat es nicht gerade eilig, aber er möchte den halbfünf-Uhr-Zug nicht versäumen. Und der Bahnhof liegt noch ein gutes Stück weg. Der Herr ist mittelgroß, etwas fettleibig. In der linken Hand trägt er eine kleine Handtasche, in der rechten Hand einen kleinen Handkoffer, dessen Gewicht ihm die rechte Achsel ein wenig herunterdrückt.

In einem Haustore steht ein Mensch. Die Hände in den Taschen des dünnen, schabigen Rockes zu Fäusten geballt, die Achseln hochgezogen und das Kinn gegen die Brust gepreßt. Denn ihn friert. Ungewaschen, mit verschlossenen Augen und mißmutigem Gesicht, die Mühe im Nacken, lehnt er in einer Haustorecke und döst.

Der Herr hastet an ihm vorüber, wirkt im Vorbeikommen einen raschen, zugleich scheuen und neugierigen Blick auf den hochwichtigen Menschen. Der Bahnhof liegt immer noch ein gutes Stück weit.

Der Mann in der Haustorecke schaut ihm bittend nach, sieht, daß der kurzleibige Herr an etwas schleppt und will sich schon wieder in seine Ecke drücken. Aber er hält inne, zieht den Rock strammer, schaut noch einmal nach dem Herrn — und geht ihm nach. Er geht zuerst rascher als der Herr vor ihm, als ob er ihn einholen möchte, hält aber, wie der Abstand zwischen ihm und dem Herrn klein geworden ist, zurück, und als sich jener feindselig umdreht, bleibt er sogar stehen und überlegt. Aber dann geht er ihm doch wieder nach.

Die Straßen sind öde und menschenleer. Dem Herrn ist es ein wenig bequem, zu wissen, daß hinter ihm ein „Bogabund“ geht. Er geht rascher und kostet nicht mehr, sondern wechselt das Gepäck im Gehen. Aber der Mensch geht auch rascher Ueberquert nach dem Herrn die Straße, gewinnt wie dieser den anderen Schritt, biegt kurz nach ihm in die Nebengasse ein.

Der Herr wird ängstlich. Kein Zweifel, der Mensch folgt ihm. Er will sicher etwas! Man sollte doch eigentlich immer eine Waffe bei sich tragen! — Wenn ihn der angreift, — die Hände hat er voll, — er kann sich gar nicht wehren. — Der Herr tut einen scheuen hastigen Blick nach rückwärts, sieht den Hunger in des anderen Augen und bemerkt, daß der gar nicht sehr kräftige Mensch etwas von ihm will, sich aber scheinbar nicht recht getraut. Und er geht rascher.

Aber der Mann hinter ihm geht auch rascher, der Herr hört seine harten Schritte hasten und näher kommen. Es überläßt ihn kalt. Soll er noch rascher laufen? — Das verdammte Gepäck! — Aber darauf hat es der Mensch hinter ihm wahrscheinlich abgesehen.

Die immer stärker werdende Furcht vor dem entscheidenden Augenblick macht den Herrn entschlossen. Er hört des Fremden Schritte dicht hinter sich, bleibt kurz stehen, dreht sich um und sagt: „Was wollen Sie?“

„Ihr Gepäck, Herr,“ sagt der Mensch betroffen und flöttert: „Ich bin ein armer Mensch, herr, — die ganze Nacht auf der Straße, — kein Geld. — Ich habe Hunger. — Sie sollen mir nichts schenken, aber lassen Sie mich Ihr Gepäck tragen, Herr.“

Der Herr fühlt alle Furcht weichen. Er atmet auf. Dann ärgert er sich, daß er Furcht gehabt hat und schreit den anderen an: „Schauen Sie, daß Sie weiter kommen, lassen Sie mich in Ruhe, — Sie!“ — Und geht davon. —

Der Mensch duckt sich, die Worte tun ihm weh. Er sieht dem Herrn nach, der mit aufgeradem Kopf und herabhängender linker Schulter weiterläuft, — — schüttelt den Kopf, zieht die Schultern hoch und preßt das Kinn gegen die Brust. Dreht sich langsam und jöggernd um und schleicht müde den Weg zurück, findet ein Haustore, lauert in eine Ecke und — döst.

Noch ein Verneuil. Das ist nun binnen kurzer Frist die vierte Berliner Bühne, die uns mit Verneuil füttert. Hat es noch Zweck, zu protestieren und zu klagen, daß man zum Verfallener Vertrag auch noch den „Vertrag von Nizza“ und den „Friedrichs“ dieses geschickten Mächers aufgebürdet erhält und die vielen Seidtheiten anderer Pariser?

Der „Friedrichs“, den das Theater der „kultivierten Europäer“, das Theater am Rur fürstendam, eingefangen hat, ist von Richard Wilde für die Bühne bearbeitet, so daß schwer zu erkennen ist, ob Joten oder Bilanerien vorsichtig abgefeilt und harmlose Dialogstellen eingefügt worden sind. Was ist von Wilde? Was ist von Verneuil? Die Unternehmung lohnt nicht, da das Ganze eine nicht einmal hübsche Nichtigkeit ist. Es dreht sich hier wieder einmal um die Eroberung einer verheirateten Frau. So sehr wir den Franzosen gram sind, wir können es uns nicht denken, daß sie für weiter nichts Zeit, Gedanken und Geld haben als für das Weibchen und für Ehebrüche. Der Friedrichs, ein junger Mann, beteuert fortwährend: Ich liebe Sie und werde Sie besitzen; und die „angedeutete“ Frau (wirklich, dieses schreckliche Wort wiederholt sich immer wieder) antwortet mit entschiedenem Nein. Dennoch erreicht er das Ziel; nicht, wie der Zuschauer erwartet — und das ist die einzige Ueberhöhung — weil er der Frau die Untreue ihres Mannes beweist, sondern umgekehrt, weil er die Untreue beweist nicht aus der Tasche zieht. Er will um seiner selbst willen erhört werden. Angesichts einer solchen edlen Entbedung muß, wie jeder zugeben wird, auch das tugendhafteste Herz jeder verheirateten Frau schmelzen. Sie wird also ihrem Mann betrogen, und der Vorhang kann endgültig über die drei, durchaus nicht kurzweiligen Akte, fallen.

Angesetzt war die Bühne mit Schauspielern, die aus Eigenem leider nichts von dem sehenden Thema des Stückes erfassen konnten. Rühl und nächster plätscherte es oben. Auch Rühle Haag als die junge Frau verlor; und zur Erich Walter, allerdings nicht

pariserisch, drang zuweilen mit seiner trocknen ungefühltesten Komik durch. Der Friedrichs, der elegante zähe Verfolger, war bei Herrn Guntler gar nicht erobernd, ohne den leisesten Abglanz jenes Schimmers, ohne den solche Rollen so sind. Ludmilla Hell spielte wieder ihre marionettenhafte Abgehaktheit und brachte einige expressionistisch schreiende Hede in die Wasserfarben. Daß gleich dem Ensemblespiel auch die Sprachtechnik unserer Schauspieler erschreckend zurückgeht, konnte man auch an diesem Abend mit Bedauern feststellen. Sch-k.

Das Schwedische Ballett hat jetzt im Theater des Besens ein zweites Gastspiel begonnen, das — nach dem Eröffnungsabend zu schließen — ebensowenig wie das erste von Erfolg getränkt sein dürfte. Bei der dritten Programmnummer, einer Tanzpantomime „Am Narrenhaus“ von Jean Börlin, setzte eine so starke Opposition ein, daß der Vorhang zeitweise niederzucken mußte. Man entrüstete sich über einen protesten Reigen der Geisteskranken. Aber es hätte dieses stofflichen Anstoßes nicht bedurft: das monotone und phantastische Arrangement dieser wie der anderen Vorstellungen langweilte und ärgerte das Publikum. Schöne, eigenartig farbige Szenenbilder und die Tanzleistungen der Carina Ari sind auf der Plus-Seite zu buchen. Alles übrige war mittlere Provinzluft. J. S.

Die Wätschläge als Strafanstalt. Ein salomonisches Urteil hat ein Richter zu Huntington in Westvirginien gefällt, indem er einen Chemann statt zu Gefängnis zur Arbeit in der Wätschlüch seiner Frau verurteilte. Diese gerichtlich ernannte Wätschlüch ist ein Arbeitsloser namens James Alexander, den seine Frau vor Gericht verklagte, weil er nicht für ihren Unterhalt Sorge. Alexander betete sich damit heraus, daß er nun einmal keine Arbeit bekomme, aber der Richter heßten ließ diese Entschuldigung nicht gelten, sondern verordnete von Rechts und Gesetzes wegen, daß „der Mann aus dem Gefängnis entlassen und nach Hause geschickt werde mit dem strengen Befehl, seiner Frau beim Waschen zu helfen, bis er eine andere Beschäftigung finden könne, durch die er seine Familie unterhalten kann.“ Falls er sich beim Waschen widerwillig zeige, soll er sofort wieder ins Gefängnis zurückgebracht werden.

Ein Gart-Abend. Am 9. April 7^{1/2} Uhr findet im Reiteraal ein Vortragabend statt, auf dem Otto Seebard, Maya Hart und Hilde Sommerfeld aus Dichtungen von Julius und Heinrich Hart rezitieren werden.

Die Nothilfe für akademische Kriegsvorschläge. Kriegsvorlesungen und Kriegsteilnehmer in München, Frauenstr. 9, beachtlich, im Jahr 1922 an die zurzeit noch auf den deutschen Hochschulen studierenden bedürftigen akademischen Kriegsteilnehmer, ohne irgendwelche parteipolitische oder sonstige Vorbedingungen, zu gewähren. Die Gelde sind beim Rektor einzulösen.

Staatliche Kunstaktion in Moskau. Aus Moskau wird gemeldet: Das Volkskommunariat für Kulturen stellt bereit eine Reihe hervorragender Kunstschätze zusammen, die der russische Staat — um seine Finanzen auszubellen — an das Ausland verkaufen will. Unter diesen Kunstschätzen befinden sich auch Gemälde aus der Eremitage, die Weltkunst besitzen. Die russische Regierung beschließt, diese Kunstschätze im Auktionswege in Moskau zu verkaufen.

Vor der Rede Lloyd Georges.

Heute nachmittag beginnt im britischen Unterhaus die große Debatte über Genua, deren Ausgang dem Anreger der Konferenz, Lloyd George, die Autorität einer starken Parlamentsmehrheit mit auf den Weg geben soll.

Der „Daily Telegraph“ erzählt, daß Lloyd George heute ausführliche Mitteilungen über Rußland, namentlich über die politische Anerkennung der Sowjetregierung, machen werde. Ferner wolle der englische Ministerpräsident heute erklären, daß die von Poincaré in Boulogne gemachten Vorbehalte wegen der Erörterung der Abrüstungsfrage nur für Frankreich bindenden Charakter hätten. Ferner werde Lloyd George ausführen, daß zwar die Erörterung der Friedensverträge und des Reparationsproblems von dem Programm von Genua ausgeschlossen sei, daß man aber keinen Einwand dagegen erheben dürfe, daß das Reparationsproblem dennoch erörtert werde, weil es eine der wichtigsten Grundlagen zur Regelung der europäischen Wirtschaftslage sei.

Am Sonnabend hat nach Briand in der französischen Kammer Poincaré gesprochen und dabei wiederholt, daß in Genua über die Versailles Bestimmungen keinesfalls gesprochen werden dürfe. Er habe auch Vorlesungen getroffen, daß solche Mißverständnisse wie in Cannes nicht mehr vorkommen — nämlich, daß die Alliierten etwas für vereinbart halten, was erst besprochen sei. Da Poincaré zugleich versicherte, nur mit den Alliierten zusammenzuarbeiten sei sein Ziel, so ist es ja Sache der Alliierten, sich mit ihm über das gegenseitige Vertrauen, Treu und Glauben, auseinanderzusetzen.

Diese Rede Poincarés kennzeichnet der sozialistische Abgeordnete Leon Blum im „Populaire“ dahin, daß die Genuaer und die Washingtoner Konferenz einen Eton des Vertrauens und des Glaubens hervorgerufen hätten. Diesen Eton schicke Frankreich sich an, zu zerstören. Ein Mißerfolg, der vielleicht in sich unermesslich sei, werde von nun an durch die Gewalt der Tatsachen dem schlechten Willen, den Einschränkungen und den Schikanen Frankreichs zugeschrieben. Die Rede Poincarés sei sicher nicht dazu angetan, dieser Gefahr vorzubeugen.

Das von Poincaré geleitete Außenministerium erklärt, daß der Gewerkschaftssekretär Dumoulin nicht zum Delegierten für Genua vorgesehen sei. Er stehe nicht auf der Vorkaufsliste. Nach anderen Meldungen sollen die Gewerkschaften abgelehnt haben, an der Poincaré-Delegation teilzunehmen.

Sowjetvertretung unter den Linden.

Berlin, 3. April. (M.B.) In Übereinstimmung mit einem Beschlusse des Reichsabinetts hat Minister Dr. Rathenau der hiesigen Sowjetvertretung das russische Botschaftsgebäude unter den Linden wieder zur Verfügung gestellt. Die Modakitäten der Uebergabe, insbesondere die Wiederherstellung unserer Botschaft in Petersburg sowie die Unterbringung unserer Vertretung in Moskau werden zwischen der hiesigen Sowjetvertretung und dem auswärtigen Amt geregelt werden.

Der Reichskanzler empfing heute in Gegenwart des Außenministers Dr. Rathenau die Herren Tschitscherin und Litwinoff.

Wie die „Dena“ erzählt, hat Dr. Rathenau die russische Genua-Delegation für heute mittag zum Frühstück geladen. Außer den Mitgliedern der russischen Delegation Tschitscherin, Litwinow, Katsowfi, Rodel und einigen anderen Herren werden auch einige Parlamentarier, wie Professor Hoehsch, Freiherr von Rheinbaben, Dr. Breitfeld sowie einige Industrielle, Geheimrat Deutsch und Bankier Mendelssohn, an dem Frühstück teilnehmen.

Aus Sowjetkreisen wird berichtet, daß sich in Riga Rußland, Polen, Lettland und Estland geeinigt haben, auf der Konferenz von Genua in politischen und wirtschaftlichen Verhandlungen gemeinsam vorzugehen. Alle Verträge, die zwischen den Staaten oder von einem derselben mit einem Konferenzteilnehmer abgeschlossen worden sind, sind in Riga anerkannt worden, und die Randstaaten wollen die Anerkennung der Sowjets in Genua unterstützen sowie die Grenzen, da sich die Teilnehmer zu einem friedlichen Aufbau und gegenseitigen freundschaftlichen Beziehungen bekennen, nicht mehr in der bisherigen Weise durch größere Truppenmassen schützen, sondern nur einen Grenzschutz einrichten.

Hamborn.

Gesandter Landsberg hat dem belgischen Ministerpräsidenten die Teilnahme Deutschlands an der Ermordung des Leutnants Graff ausgesprochen, strengste Untersuchung und gegebenenfalls Bestrafung zugesagt, dann aber auch das gleiche in bezug auf die Ermordung des deutschen Polizeibeamten in Form der Erwartung gefordert.

III. meldet nun aus Brüssel weiter: Der belgische Kriegsminister hat der Presse mitgeteilt: Wir sind auf der sicheren Spur des Mörders des Leutnants Graff und werden zweifellos den Mörder feststellen können. Die Angreifer zweier belgischer Soldaten sind bereits bekannt. Sie sind in das unbefestete Deutschland geschickt und ihre Verhaftung und Auslieferung ist bereits verlangt worden. Der belgische Ministerpräsident hat sich dem deutschen Gesandten gegenüber im Fall Graff die Bestimmung materieller Entschädigungsansprüche vorbehalten. Er fügte hinzu, daß der belgischen Regierung nur dann Genugtuung geboten sei, wenn die Schuldigen ergriffen und schwer bestraft worden seien und wenn die Reichsregierung alles nötige getan haben werde, um die Erneuerung solcher Vorfälle zu vermeiden.

Diese Genugtuung soll die Voraussetzung zur Aufhebung des Belagerungszustandes über Duisburg sein.

Die Zeitung „La Libre Belgique“ will aus Duisburg erfahren haben, der Mörder des Leutnants Graff sei ein gewisser Franz Abic (?), der der grünen Polizei angehöre.

Polen rüstet weiter.

Warschau, 3. April. (M.B.) In der Militärkommission erklärte Liebermann (Soz.), daß die von der Regierung beabsichtigte Einführung der zweijährigen Dienstzeit unmöglich sei. Der amerikanische Senat sei bereit, den europäischen Staaten die Zahlung der Schulden unter der Bedingung zu stunden, daß die Militärbudgets eingeschränkt würden. Das polnische Militärbudget betrage 25,8 Proz. aller Staatsausgaben und sei daher das größte Militärbudget in Europa. Finanzminister Michalski erklärte, daß er noch auf Liebermann antworten werde. Der Chef des Generalstabes erklärte, daß die zweijährige Dienstzeit für Polen unabweislich sei.

Neue Deckungsvorlagen.

Der Magistrat wiederholt jetzt, wie wir bereits meldeten, seine in der letzten Stadtorbundenversammlung abgelehnten Anträge auf Erhöhung der Tarife für Gasentnahme und Straßenbahnfahrten.

In seiner neuen Dringlichkeitsvorlage über die Gasstariferhöhung weist er noch darauf hin, daß vom 1. April 1922 ab infolge Erhöhung der Kohlensteuer und der Eisenbahnfrachttarife der Kohlenpreis auf 1150 M. steigt, also um 250 M. gegenüber dem für März angenommenen Durchschnittskohlenpreise. Die hierdurch entstehende gewaltige Belastung der Werke wird besondere Maßnahmen erforderlich machen. Jedenfalls erklärt der Magistrat es aber für dringend nötig, daß die Gaspreiserhöhung so schnell wie irgend möglich beschlossenen und mit Wirkung von der auf die Beschlußfassung folgenden Standaufnahme ab der Preis für das von sämtlichen Berliner Werken gelieferte Gas einheitlich auf 3,50 M. je Kubikmeter festgesetzt wird.

Die Ablehnung der Erhöhung des Straßenbahntarifs bringt eine nicht unerhebliche Verringerung zugunsten der Wirtschaftslage der Berliner Straßenbahn. Die errechnete Mehreinnahme von 276,4 Millionen Mark hatte die Einführung der erhöhten Fahrpreise mit dem Beginn des Etatsjahres 1922, also am 1. April d. J., zur Voraussetzung. Mit jeder Woche verspäteter Einführung dieser Tarife mindert sich die Mehreinnahme aus den Fahrscheinen um 5,2 Millionen Mark. Tritt die Erhöhung nach dem Ersten eines jeden Monats ein, so kommt eine Verminderung aus den Mehreinnahmen für Zeitkarten zur Verminderung aus Fahrscheinen hinzu in Höhe von 0,467 Millionen Mark. Bei einer Einführung der erhöhten Fahrpreise erst am 8. April mindert sich also die Mehreinnahme von 276,4 Millionen Mark um 5,2 Millionen Mark aus Fahrscheinen und 0,467 Millionen Mark aus Zeitkarten, zusammen um 5,667 Millionen Mark.

Falsche Pässe für jedermann.

Aushebung einer Falschpazentrale in Neukölln.

Eine Falschpazentrale wurde von Beamten der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums in Neukölln ausgehoben. Das Treiben der Falschpazentrale hatte einen ungeheuren Umfang angenommen. Die Tatsache, daß bei vielen angehaltenen Personen, besonders bei Steinwanderern, falsche Pässe vorgefunden wurden, veranlaßte die deutsche und auch die polnische Bahnbeförderung, neue Prägestempel anfertigen zu lassen. Bald zeigte sich aber, daß auch diese wieder nachgemacht wurden, und zwar ebenso täuschend, wie die früheren.

Die Beamten der Abteilung Ia stießen nun nach längeren Beobachtungen auf einen regen Verkehr von Post- und Telegraphenbeamten in dem Hause Weichselstraße 7 in Neukölln. Er galt einem gewissen Hauser, der vor einigen Monaten aus Rußland-Polen hierher zugewandert ist. Die Beamten stellten fest, daß von hier die Falschungen ausgingen, und daß Hauser eine ganze Reihe Agenten nicht nur im Deutschen Reich, wie Leipzig, Magdeburg, Düsseldorf usw., sondern auch in Oesterreich, Holland, Belgien und Frankreich an der Hand hatte. Diese lieferten ihm die Adressen der Personen, die Pässe suchten, und sandten zugleich auch die Fragebogen, die allen Vorschriften entsprachen und die Bahnbilder der Besuchsteller mit ein. So bekamen die Leute Pässe nach allen Ländern, wohin sie gerade reisen wollten, besonders nach Polen, Rußland und den östlichen Randstaaten. Nicht nur Polen und Deutsche, sondern auch Angehörige der Weststaaten bedienten sich dieser Pazentrale. Für die Pässe wurden Preise von 500 bis 2000 Mark und noch mehr bezahlt. So war Hauser sehr wohl in der Lage, für die Anfertigung des neuen falschen Prägestempels 20 000 Mark auszugeben. Dem Anfertiger hatte er vorgezählt, daß er die Bestellung im Auftrage des polnischen Konsulats aufgab. Der „Bedienstete“ des Falschlers war so groß, daß er, der vor kurzem mittellos nach Berlin kam, jetzt schon, in der Lage war, mit seiner Hausfrau Verhandlungen über den Verkauf des Grundstücks anzuknüpfen. Seine Agenten waren am Gewinn prozentual beteiligt. Als man Hauser festnehmen wollte, war er nicht anwesend. Aus dem Schriftwechsel, den man in seiner Wohnung fand, wurde festgestellt, daß er zur Abrechnung mit Agenten nach Leipzig gefahren war, wo seine Verhaftung in die Wege geleitet wurde. Die Berliner Schlepper Hausers wohnten besonders in der Dragoner- und Grenadierstraße. Eine ganze Reihe von ihnen, darunter auch ein ehemaliger Hausangestellter der österreichischen Botschaft, wurde festgenommen. Die Durchsuchung der Wohnung Hausers und der Berliner Agenten förderte eine große Menge von falschen Pässen und Stempeln, Prägestempeln und Trockenstempeln zu Tage.

Eine ungerechtfertigte Beschlagnahme.

Polizeibeamte durch Verbrecher verführt.

Eine überraschende Aufklärung hat jetzt eine Beschlagnahme gefunden, die am 6. Dezember vorigen Jahres bei dem Pfandleiher Weiß in der Waldemarstraße vorgenommen wurde. In dessen Geschäftsräumen erschienen fünf Mann, die mit einem Kraftwagen vorgefahren kamen. Zwei von ihnen stellten sich als Kriminalbeamte, einer als Beamter der Schutzpolizei vor und wiesen sich auch ordnungsmäßig aus. Den beiden anderen sollten Pelzwaren und Goldsachen gestohlen sein. Die Beamten erklärten, daß sie eine Durchsuchung vornehmen müßten, weil Weiß beschuldigt werde, gestohlene Sachen aufzukaufen zu haben. Diese müßten beschlagnahmt werden. Als die Durchsuchung sonst nichts zutage förderte, beschlagnahmten die Beamten eine schwarze Ledermappe und eine Kassetten, die Gold- und Pelzsachen im Gesamtwert von 68 000 Mark enthielten. Als Weiß nach Hause kam und die Durchsuchung und Beschlagnahme erfuhr, war er überzeugt, es mit falschen Beamten zu tun zu haben. Er machte Anzeige und die Kriminalpolizei glaubte zunächst auch an falsche Beamte. Es gelang ihr endlich, den Chauffeur zu ermitteln, der die fünf Männer gefahren hatte, und kam so auch den Fahrgästen auf die Spur. Da ergab sich, daß nicht falsche, sondern echte Beamte die Beschlagnahme vorgenommen hatten, die Kriminalbeamten Kreiner und Schapert und der Wachmeister Schmalte von der Schutzpolizei. Alle drei hatten auf Veranlassung eines „Schweren Jungen“ namens Anton Krebs und eines zweiten Mannes, der bisher nur seinem Vornamen Georg noch bekannt ist, gehandelt und mit diesen gemeinsame Sache gemacht. Sie wurden verhaftet und legten auch ein Geständnis ab. Krebs, ein wegen Geldschrank- und Wohnungseindrucks gesuchter Verbrecher, und „Georg“ hatten die Beamten durch eine Anzeige gegen den Pfandleiher zu der Durchsuchung auf eigene Faust veranlaßt und ihnen dann einen Teil des beschlagnahmten Gutes gestohlen. Die Beamten wußten nun nicht mehr, wie sie aus der Schwierigkeit herauskommen sollten und beobachteten das, was ihnen übrig blieb, für sich, um so lieber, als sie sich, wie sie behaupten, auch in einer Notlage befanden. Die beschlagnahmten Goldsachen sind unterdessen schon in die Schmelze gewandert.

Liebe und Gift.

Unter Verdacht an der Geliebten wurde gestern der 20 Jahre alte stellunglose Kaufmann Hans Walter verhaftet. Walter war am Freitagabend mit seiner Geliebten, einer 21 Jahre alten Martha Krüger aus der Krillertstraße 32, die ebenfalls ohne Arbeit war, in einem Hotel in der Eichendorffstraße als Kaufmann Walter und Frau aus Kolberg abgestiegen. Am Sonnabendabend wurde nun ein Droschkentaxi nach dem Hotel bestellt, wo

Walter ihn bot, seine „schwer erkrankte Frau“ nach der Saarbrücker Straße zu ihrer Tante zu fahren. Der Kutscher vor ihm auch behilflich, doch lehnte die Tante die Aufnahme ab. Nun wurde die Kranke nach der nächsten Rettungswache gebracht. Hier stellte der Arzt Vergiftung fest und benachrichtigte die Kriminalpolizei. Die Erkrankte wurde sogleich nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht, wo sie noch schwer daniederliegt. Der junge Mann wurde in Haft genommen und gab an, daß er das Mädchen vor einigen Wochen in Costans Panoptikum kennengelernt habe. Als das Geld zur Reize gegangen sei, habe ihm das Mädchen den Vorschlag gemacht, mit ihm gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Es habe Gift besorgt und beide hätten es, in Wasser eingerührt, getrunken. Er sei dann am nächsten Mittag aufgewacht, während das Mädchen die Besinnung nicht wiedererlangte.

Sonntagsoffer des Alkohols.

Am Sonntag nachmittag wurde der wohnungslose 43 Jahre alte Fahrtstuhlführer Viktor Steinborn vor dem Hause Voßringer Straße 42 betrunken aufgefaßt und nach der nächsten Rettungswache gebracht. Nachdem er von dort der Polizeiwache überwiesen war, stieg er über innere Sämergen, so daß er erneut einer Rettungswache zugewiesen werden mußte, wo er alsbald nach seiner Entlieferung an den Folgen des Alkoholgenußes starb. — Ebenso fand der 68 Jahre alte Arbeiter Otto Fischer den Tod. Er wurde in einem Hausflur in der Hofsteinischen Straße tot aufgefunden. Nach Feststellung des Arztes liegt auch hier Alkoholvergiftung vor. — Vor einiger Zeit war der Eisenbahnbeamte Jonelat aus der Heidestraße verhaftet worden und man nahm an, daß er am Nordhafen überfallen, ausgeplündert und ins Wasser geworfen worden sei. Nun ist der Vermittler an der Seefraßenbrücke gelandet worden und da man an seinem Körper keine Spur einer Verletzung gefunden hat, auch nichts darauf hinweist, daß er beraubt worden ist, so scheint kein Zweifel mehr zu bestehen, daß der Mann in der Trunkenheit über das Eis gehen wollte, eingebracht und dabei ertrunken ist.

Postkarten über 14x9 Zentimeter nach dem Ausland unzulässig. Schon oft ist darauf hingewiesen worden, daß nach dem Ausland Postkarten, die das Höhenmaß von 14x9 Zentimeter überschreiten, unzulässig sind. Trotzdem mehrten sich die Klagen von fremden Postverwaltungen und auch von Empfängern im Ausland, namentlich in der Schweiz, daß deutsche Postkarten nach dem Ausland Postkarten verwenden, die größer als 14x9 Zentimeter sind und daß den Empfängern, da diese größeren Karten als Briefe behandelt werden, durch die Zahlung hoher Nachgebühren Nachteile und Weiterungen entstanden sind.

Ein Eisenbahnschütze erschloß. Gestern nachmittag gegen 3 Uhr schoß der 17jährige Schlosserlehrling Willi Presuhn, der bei seinen Eltern in Kalbberge wohnt, auf den in der Richtung Köpenick fahrenden Borortzug 2460 mit einer Leijungspistole. Eine Kugel zertrümmerte eine Fenster Scheibe eines Abteils und durchbohrte den Hut eines Fahrgastes. Der Schütze wurde festgenommen und der Kriminalpolizei übergeben.

Spenden für Studierende der Technischen Hochschule. Zum 1. Oktober d. J. werden einige Stipendien im Jahresbetrage von 600 M. aus der Spendlichen Stiftung an Studierende der Abteilungen für Maschinen-Ingenieurwesen, für Schiff- und Schiffsmaschinenbau und für Chemie und Hüttenkunde der Technischen Hochschule in Charlottenburg vergeben. Bedingungen für die Vergabung sind bei der Geschäftsstelle des Vereins zur Beförderung des Gewerbefleißes, Berlin C. 2, Museumstr. 1/3, erhältlich.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Etwas wärmer, veränderlich, aber überwiegend bewölkt, mit Niederschlägen und gemäß kühleren südwestlichen Winden.

Fünf Bergleute eingeschlossen.

Wie aus Beuthen O.S. gemeldet wird, ereignete sich auf dem Schumann-Oberbank-Flöz der Castellengo-Grube ein schweres Unglück. Dort brach am Sonnabendabend gegen 9 Uhr anscheinend im Transformatorraum ein Brand aus. Die fünf dieses Brandes arbeitenden Bergleute konnten sich nicht retten. Versuche, die am Sonnabend und Sonntag unternommen wurden, um die Abgeschnittenen herauszuholen, waren wegen der sich durch den Brand entwickelnden starken Rauchgase und der großen Hitze erfolglos. Es besteht wenig Hoffnung, die fünf Bergleute lebend zu bergen.

Gegenüber der von heutigen Montags-Morgenblättern gegebenen Meldung von einem schweren Brandunglück auf dem Anselmschacht in Oberschlesien, bei dem angeblich 382 Bergleute im brennenden Schacht eingeschlossen, 16 getötet und 38 verletzt worden sein sollen, wird aus Ratibor gemeldet, daß dort von einem solchen Unglück nichts bekannt ist. Der Anselmschacht liegt nicht im Kreise Ratibor, sondern in der Tschechoslowakei.

Sport.

Die gestrigen Größenausbreitungen zu Karlshorst waren infolge des unangünstigen Wetters nicht sonderlich gut besucht. Sie hatten folgende Ergebnisse:

I. Glückauf-Güldenrennen. Dammal (Mannchen) 1. Orbenstrüter (Leimholz) 2. Ebel (Reue) 3. Toto: 32:10. Pl. 19, 19:10. Ferner liefen: Ib, Redusa, Demais (4). 1-7-2.

II. Kusanella-Nagdbrennen. Sem (a. Belzer) 1. Sankt Martin (M. Müller) 2. Erisch (a. v. d. Rede) 3. Toto: 30:10. Pl. 15, 23, 42:10. Ferner liefen: Gato (4), Raubgrößen (3), Parma II, Panal. 1-7-2.

III. Mars-Nagdbrennen. Wassenbund (Kuhles) 1. Korol (Schwarz) 2. Korol (Lüber) 3. Toto: 18:10. Pl. 12, 13:10. Ferner liefen: Brauerl, Kapl. 1/2-6-2.

IV. Reibena-Nagdbrennen. Jalle (S. Leimann) 1. Nieder- mann II (Kuhles) 2. Reibert (A. Lewick) 3. Toto: 73:10. Pl. 23, 20, 22:10. Ferner liefen: Quibert, Wähen, Schipper, Eieg (4), Annadyl II, Naiton Rouge, Dridud. 2-7/2-Rapl.

V. Wellgunde-Nagdbrennen. Charly's Coukn (Frb. v. d. Rede) 1. Wolpoto (Frb. v. d. Volkenberg) 2. Dubr-Epize (Or. v. Hallen- hahn) 3. Toto: 51:10. Pl. 21, 17:10. Ferner liefen: Stetschule, Larva. 1/2-4-2.

VI. Preis von Schöndorfen. Diplomatie (Schwarz) 1. Bedemann II (Cenffel) 2. Landvogt (Balt. Steuer) 3. Toto: 38:10. Pl. 18, 24, 39:10. Ferner liefen: Rotgold, Rarr, Teletischen, Wilig (gef.), Nijmut, Wexis, Offenwie (4), Sphelant. 4-3-2-2.

VII. Preis von Döppelgarten. Erelhoe (Schwarz) 1. Remento (Wahag) 2. Remita (Wahag) 3. Toto: 24:10. Pl. 15, 17, 36:10. Ferner liefen: Nolan, Raudonius, Nigunka, Simrig, Orka, Smaragd, Wagle, Provinzler (gef.), Raubmann, Orkan, Anemone, Gaba. 4-3-2.

Strohrennen Berlin-Kottbus-Berlin, 200,5 Kilometer. Versuchsrennen: 1. Adolf Guchte, 2. Otto Lieb, 3. Richard Guchte, 4. Fr. Richter, 5. Steingab, 6. Aberger, 7. Franke, 8. Rüdberg, 9. Nohl, 10. Siemert, 11. Gleiwitz. Zeit: 2 Std. 55 Min. — Herrenfahrer: 1. H. Kroll 9 Std. 24 Min., 2. R. Kohl 9 Std. 52 Min., 3. Krielen 10 Std. 2 Min., 4. Sel., 4. u. 6. Rahn und Garlin 10 Std. 5 Min. 2 Std.

Nagdbrennen auf der Olympiabahn. Die Besucherzahl und auch der sportliche Genuß wurde durch die noch winterliche Kälte stark beeinträchtigt. In beiden großen Dauerrennen übernahm Lewanow von Anfang an die Führung und schlug alle Angriffe Somas einjögret ab. Das Dauerrennen der Klasse B gewann Tschmer überlegen, dadurch er als fünfter Fahrer zum Großen Olympiapreis Hartberchtigt wurde. Das 50-Runden-Rennschloßfahren fiel an die Javanen-Mannschaft Stabe-Schmal. — Ergebnisse: Kleiner Olympiapreis, 50 km: 1. Lehner 27 Min. 25 1/2, 2. Vagrenkel 1700, 3. Oniffa 2890, 4. Schöndorn 6120 Meter zurück. — Frühlingspreis, 50 km: 1. Remanow 25 Min. 15 Sek., 2. Blitt 490, 3. Samal 690, 4. Krupat 6560 Meter zurück. — Großer Olympiapreis, 50 km: 1. Remanow 41 Min. 53 1/2, 2. Samal 500, 3. Blitt 800, 4. Krupat 4250, 5. Lehner 8280 Meter zurück. — 50-Runden-Rennschloßfahren: 1. Stabe-Schmal 30, 2. Hoffmann-Günder 28, 3. Reibebader-Diepel 25, 4. Padebusch-Gahn 16, 5. Schwab-Krahn 12 Punkte. Zeit: 33 Min. 54 1/2, 34.

